

MINISTERIALBLATT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

Ausgabe A

9. Jahrgang	Ausgegeben zu Düsseldorf am 14. März 1956	Nummer 22
-------------	---	-----------

Inhalt

(Schriftliche Mitteilung der veröffentlichten RdErl. erfolgt nicht.)

A. Landesregierung.

B. Ministerpräsident — Staatskanzlei —.

C. Innenminister.

II. Personalangelegenheiten: RdErl. 23. 2. 1956, Übertragung nicht verbrauchten Erholungsurlaubs aus dem Urlaubsjahr 1955. S. 469.
III. Kommunalaufsicht: Bek. 1. 3. 1956, Zulassung neuer Handfeuerlöcher-Typen. S. 470.

D. Finanzminister.

RdErl. 25. 2. 1956, Genehmigung von Änderungen der Satzung der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder. S. 471.

D. Finanzminister. — C. Innenminister.

Gem. RdErl. 24. 2. 1956, Tarifvertrag vom 15. 12. 1955 über die Neuregelung der Angestelltenvergütung; hier: Anschlußtarifvertrag mit dem Verband der weiblichen Angestellten e.V. S. 472.

E. Minister für Wirtschaft und Verkehr.

Bek. 23. 2. 1956, Richtlinien über die Heranziehung der Betriebsräte in den der Aufsicht der Bergbehörden unterstehenden Betrieben auf dem Gebiet der Grubensicherheit. S. 473.

F. Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

G. Arbeits- und Sozialminister.

RdErl. 25. 2. 1956, Überprüfung der Verwaltungsvorschriften auf dem Gebiete der Kriegsopfer- und Schwerbeschädigtenfürsorge. S. 475. — RdErl. 27. 2. 1956, Überprüfung der Verwaltungsvorschriften auf dem Gebiete der Kriegsgefangenenentschädigung — Heimkehrerfürsorge. S. 477. — Bek. 27. 2. 1956, Vierte Bekanntmachung über die Zulassung von Schankanlageteilen gemäß § 6 Abs. 1 der Verordnung über Getränkeschankanlagen vom 22. Oktober 1941 (RGBl. I S. 676). S. 482.

H. Kultusminister.

J. Minister für Wiederaufbau.

K. Justizminister.

Hauptsachregister für die Jahrgänge 1948—1955 des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen. S. 483/84.

C. Innenminister

II. Personalangelegenheiten

Übertragung nicht verbrauchten Erholungsurlaubs aus dem Urlaubsjahr 1955

RdErl. d. Innenministers v. 23. 2. 1956
— II A 2/28.16 — 151/56

Im Einvernehmen mit dem Finanzminister erkläre ich mich damit einverstanden, daß wie im Vorjahre auch im Urlaubsjahr 1955 nicht verbrauchter Erholungsurlaub noch einen Monat nach Ablauf des Urlaubsjahres in Anspruch genommen werden kann.

Diese Regelung findet mit der Maßgabe auf alle Landesbediensteten Anwendung, daß der Resturlaub bis zum 30. 4. 1956 spätestens angetreten sein muß.

Die Bestimmungen in meinem RdErl. v. 29. 11. 1951 (MBI. NW. 1952 S. 11) bleiben unberührt. Ich beziehe mich hier insbesondere auf Ziff. 9 der mit dem RdErl. v. 29. 11. 1951 bekanntgegebenen Richtlinien über Erholungsurlaub für die Bundesbeamten und Bundesrichter.

Den Gemeinden und Gemeindeverbänden empfehle ich, entsprechend zu verfahren.

Meine RdErl. v. 6. 3. 1954 (MBI. NW. S. 527) und v. 2. 3. 1955 (MBI. NW. S. 407) hebe ich als gegenstandslos auf.

An alle obersten Landesbehörden und nachgeordneten Dienststellen,
die Gemeinden und Gemeindeverbände im Lande Nordrhein-Westfalen.

— MBI. NW. 1956 S. 469.

III. Kommunalaufsicht

Zulassung neuer Handfeuerlöcher-Typen

Bek. d. Innenministers v. 1. 3. 1956 —
III A 3/246—4/56

Auf Grund der Polizeiverordnung über Handfeuerlöcher und sonstige von Hand tragbare Feuerlöschgeräte vom 19. September 1941 (RGBl. I S. 574) habe ich nach Durchführung der vorgeschriebenen Prüfungen auf Vorschlag der Amtlichen Prüfstelle für Handfeuerlöcher folgende Handfeuerlöcher-Typen und von Hand tragbaren Feuerlöschgeräte für die Herstellung und den Vertrieb neu zugelassen:

Hersteller:	Handfeuerlöcher:	Amtl. Kenn-Nr.:
Mit Wirkung vom 21. Dezember 1955		
Bavaria Feuerlösch-Apparatebau Albert Loos, Nürnberg, Äußere Sulzbacher Straße 6—8	1) „Bavaria“ Type P 6 T DIN-Trocken-Handfeuerlöcher, 6 kg Löschmittelinhalt, mit Schlauch und Hebelventil, Bauart P 6, als Rückentraggerät	P 1 — 11/55
	2) „Bavaria“ Type P 12 T DIN-Trocken-Handfeuerlöcher, 12 kg Löschmittelinhalt, mit Schlauch und Hebelventil, Bauart P 12, als Rückentraggerät	P 1 — 12/55
	3) „Bavaria“ Vergaserbrandlöscher, Type B 0,2 L, Löschmittelfüllung 0,2 Liter CB, Bauart B 0,2 L mit Schraubventil	P 2 — 7/55

Hersteller:	Handfeuerlöscher:	Amtl. Kenn-Nr.:
Josef Egetemeyer, 4) Nürnberg, Ottstraße 6	„Löschfix“ Vergaser- brandlöscher, Type Tetra 0,8 L, Löschmittel- füllung 0,8 Liter Tetra- chlorkohlenstoff, Bauart T 0,8 L mit Schraub- ventil	P 2 — 11/55
Mit Wirkung vom 17. Januar 1956		
Concordia Elek- trizitäts-AG., Dortmund, Münsterstraße 231	5) „Concordia“ DIN Bro- mid 0,8, Type CD 0,8, Löschmittelfüllung 0,8 Liter CB, Bauart B 0,8 Ls	P 1 — 14/55
Mit Wirkung vom 4. Februar 1956		
AKO-Feuerlösch- technik GmbH., Opladen b. Köln, Ophovener Str. 14	6) „Vergaserbrandlöscher“ Type TK 0,8 Ls, Lösch- mittelfüllung 0,8 Liter Tetrachlorkohlenstoff, Bauart T 0,8 Ls, mit Schraubventil	P 2 — 9/55
Mit Wirkung vom 4. Februar 1956		
Deutsche Feuer- löscher-Bauanstalt, Wintrich u. Co., Bensheim a.d.B.	7) „Wintrich Trocken- feuerlöscher P 12“, DIN- Trocken-Handfeuer- löscher 12 kg Löschmit- telinhalt mit Schlauch und Hebelventil, Bauart P 12	P 1 — 1/56
Mit Wirkung vom 4. Februar 1956		
Scharrer u. Hur- banek, Berlin SO 34, Lausitzer Str. 44	8) „Phylax“-Kohlensäure- Schnee-Löscher, Type KS 1,5, Löschmittelinhalt 1,5 kg CO ₂ , Bauart CO ₂ - 1,5, mit Schneerohr und Schraubventil	P 2 — 1/56
	9) „Phylax“-Vergaser- brandlöscher, Type Tetra 0,8 L, Löschmittel- inhalt 0,8 Liter Tetra- chlorkohlenstoff, Bauart T 0,8 L mit Schraub- ventil	P 2 — 2/56

Diese Zulassungen haben nach Abs. 1 der Verwaltungsvereinbarung über die Prüfung, Zulassung bzw. Anerkennung von Feuerschutzgeräten (MBI. NW. 1952 S. 645) für das ganze Bundesgebiet Gültigkeit.

Zugelassene Handfeuerlöscher und von Hand tragbare Feuerlöschgeräte müssen zum Vertrieb im Inland mit dem vorgeschriebenen Zulassungsvermerk versehen sein.

An die Regierungspräsidenten,
Gemeinden, Ämter und Landkreise,
Gewerbeaufsichtsämter.

— MBI. NW. 1956 S. 470.

D. Finanzminister

Genehmigung von Änderungen der Satzung der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder

RdErl. d. Finanzministers v. 25. 2. 1956 —
B 6130 — 952/IV/56

Nachstehend gebe ich die vom Bundesminister der Finanzen im Bundesanzeiger Nr. 38 v. 23. 2. 1956 bekanntgemachten Änderungen der Satzung der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder zur Kenntnis.

Der Verwaltungsrat der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder hatte diese am 9. 12. 1955 beschlossen. Sie ist vom Bundesminister der Finanzen mit Erlaß v. 8. 2. 1956 — VA/7 — Vers. 2704-IV/56 — genehmigt worden.

Bezug: RdErl. d. Finanzministers v. 11. 2. 1956 — B 6130 — 669/IV/56 — (MBI. NW. S. 385).

Bekanntmachung über Änderungen der Satzung der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder

Vom 8. Februar 1956

Hiermit genehmige ich gemäß § 64 der Anstaltsatzung (Bundesanzeiger Nr. 182 vom 19. September 1952) die vom Verwaltungsrat am 9. Dezember 1955 beschlossenen Satzungsänderungen in folgender Fassung:

1. § 18 erhält folgenden neuen Absatz 3:

„Tritt bei einem Beamten, der zur hauptamtlichen Tätigkeit an die Anstalt abgeordnet worden ist, der Versorgungsfall ein, so erstattet die Anstalt der die Versorgungsbezüge zahlenden Kasse denjenigen Bruchteil dieser Bezüge, der dem Verhältnis der bei der Anstalt verbrachten Dienstzeit zur gesamten Dienstzeit des Beamten entspricht; der Berechnung werden nur die ruhegehaltfähigen Dienstzeiten zugrunde gelegt.“

Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 4.

2. Im § 20 Satz 1 werden hinter den Worten „die Kosten der Geschäftsführung“ die Worte eingefügt: „und die Anteile der Anstalt an Versorgungsbezügen gemäß § 18 Abs. 3.“

3. Diese Satzungsänderungen treten mit Wirkung vom 1. Juli 1954 in Kraft.

— MBI. NW. 1956 S. 471.

D. Finanzminister

C. Innenminister

Tarifvertrag vom 15. 12. 1955 über die Neuregelung der Angestelltenvergütung; hier: Anschlußtarifvertrag mit dem Verband der weiblichen Angestellten e. V.

Gem. RdErl. d. Finanzministers — B 4100 — 784/IV/56
u. d. Innenministers — II A 2/27.14/51 — 15115/56
v. 24. 2. 1956

A) Nachstehenden Tarifvertrag geben wir bekannt:

Tarifvertrag

vom 15. Dezember 1955

Zwischen

der Bundesrepublik Deutschland,
vertreten durch den Bundesminister der Finanzen,
der Tarifgemeinschaft deutscher Länder,
vertreten durch den Vorsitz des Vorstandes,
der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände,
vertreten durch den Vorstand,

einerseits

und

dem Verband der weiblichen Angestellten e. V.
— Hauptverwaltung —

andererseits

wird folgender Tarifvertrag abgeschlossen:

§ 1

Für die Tarifangestellten

- des Bundes einschließlich der in Artikel 130 Abs. 1 des Grundgesetzes bezeichneten Verwaltungsorgane und Einrichtungen — mit Ausnahme der Deutschen Bundespost und der Deutschen Bundesbahn —,
- der Verwaltungen und Betriebe der Länder und der Stadtgemeinde Bremen, deren Arbeitsverhältnisse durch Tarifvertrag zwischen der Tarifgemeinschaft deutscher Länder und der obengenannten Gewerkschaft bestimmt werden,
- der Mitglieder der Mitgliedverbände der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände, soweit deren Arbeitsverhältnisse durch Tarifvertrag zwischen der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände und der obengenannten Gewerkschaft bestimmt werden,

wird mit Wirkung vom 1. Januar 1956 ein Tarifvertrag gleichen Inhalts vereinbart, wie er

zwischen

der Bundesrepublik Deutschland,
der Tarifgemeinschaft deutscher Länder,
der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände,
und einerseits

der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr — Hauptvorstand — Stuttgart,
der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft — Hauptvorstand — Hamburg andererseits

am 15. Dezember 1955 über die Neuregelung der Vergütungen der Angestellten abgeschlossen worden ist.

§ 2

Der als Anlage in beglaubigter Abschrift beigelegte Text des Tarifvertrages vom 15. Dezember 1955 gilt als Bestandteil dieses Tarifvertrages.

§ 3

(1) Dieser Tarifvertrag kann mit einer Frist von einem Monat zum Schluß eines Kalendervierteljahres, erstmalig zum 31. März 1957, gekündigt werden. Bei einer Veränderung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage, die die Bezüge der Angestellten des öffentlichen Dienstes gegenüber dem Stand vom 1. Januar 1956 wesentlich berührt, ist eine vorzeitige Kündigung des Tarifvertrages unter Einhaltung einer Frist von mindestens zwei Monaten zum Schluß eines Kalendervierteljahres zulässig.

(2) Dieser Tarifvertrag tritt ferner außer Kraft, wenn der als Anlage beigelegte Tarifvertrag außer Kraft tritt.

(3) Für den Fall des Außerkrafttretens wird die Nachwirkung des Tarifvertrages gemäß § 4 Abs. 5 des Tarifvertragsgesetzes ausgeschlossen.

Bonn, den 15. Dezember 1955

B) Der diesem Tarifvertrag als Anlage beigelegte Text des Tarifvertrages vom 15. 12. 1955 ist mit dem u. a. RdErl. bekanntgegeben worden. Von einer nochmaligen Bekanntgabe wird daher abgesehen. In der Durchführung des RdErl. tritt keine Änderung ein.

Bezug: Gem. RdErl. d. Finanzministers — B 4100 — 7906/IV/55 u. d. Innenministers — II A 2 — 27.14.45 — 15 841/55 v. 20. Dez. 1955 (MBI. NW. 1956 S. 25).

— MBI. NW. 1956 S. 472.

E. Minister für Wirtschaft und Verkehr

Richtlinien

über die Heranziehung der Betriebsräte in den der Aufsicht der Bergbehörden unterstehenden Betrieben auf dem Gebiet der Grubensicherheit

Bek. d. Ministers für Wirtschaft u. Verkehr v. 23. 2. 1956

I. Allgemeines

Nach § 58 des Betriebsverfassungsgesetzes vom 11. 10. 1952 (BGBl. I S. 681) hat der Betriebsrat auf die Bekämpfung von Unfall- und Gesundheitsgefahren zu achten, die Gewerbeaufsichtsbeamten und die sonstigen in Betracht kommenden Stellen bei dieser Bekämpfung durch Anregung, Beratung und Auskunft zu unterstützen sowie sich für die Durchführung der Vorschriften über den Arbeitsschutz einzusetzen; der Betriebsrat ist bei Einführung und Prüfung von Arbeitsschutzeinrichtungen und bei Unfalluntersuchungen, die vom Arbeitgeber, den Gewerbeaufsichtsbeamten oder sonstigen in Betracht kommenden Stellen vorgenommen werden, zuzuziehen.

Der Betriebsrat seinerseits ist durch § 77 Abs. 1 des Allgemeinen Berggesetzes in der im Lande Nordrhein-Westfalen geltenden Fassung verpflichtet, die Bergbeamten, welche im Dienst das Bergwerk befahren, zu begleiten und denselben sowie der Bergbehörde auf Anfordern Auskunft über den Betrieb, über die Ausführung der Arbeitsordnung und über die sonstigen, der Aufsicht der Bergbehörde unterliegenden Gegenstände zu erteilen.

In Verfolg dieser gesetzlichen Vorschriften werden die folgenden Richtlinien über die Heranziehung der Betriebsräte in den der bergbehördlichen Aufsicht unterstehenden Betrieben auf dem Gebiet der Grubensicherheit erlassen. Sie sollen die Zusammenarbeit der Bergbehörden mit den Betriebsräten mit dem Ziel der Verbesserung der Grubensicherheit (Unfallverhütung und Gesundheitsschutz) regeln.

II. Hinzuziehung der Betriebsräte zu Befahrungen

1. Regelmäßige Befahrungen im sicherheitlichen Interesse

Von Befahrungen, die ein Beamter des Bergamts in Ausübung seines Dienstes aus Gründen der Grubensicherheit vornimmt, ist dem Betriebsrat gleichzeitig mit der Anmeldung bei der Werksleitung vom Bergamt mit dem Anheimgeben der Beteiligung Mitteilung zu machen, sofern nicht aus besonderem Anlaß die Befahrung ohne Begleitung des Betriebsrats stattfindet.

2. Außergewöhnliche Befahrungen auf Antrag

Ergeben sich über sicherheitliche Maßnahmen zwischen Werksleitung und Betriebsrat Meinungsverschiedenheiten, kann der Betriebsrat beim Bergamt unter Darlegung der Vorgänge eine außergewöhnliche Befahrung durch einen Beamten des Bergamts anregen. Den Zeitpunkt der Befahrung bestimmt das Bergamt.

III. Zuziehung des Betriebsrats zu Rettungswerken und Unfalluntersuchungen

- Bei allen Rettungswerken, bei denen die Bergbehörde gemäß § 205 ABG die Leitung übernimmt, ist dem Betriebsrat durch den am Ort tätigen Beamten der Bergbehörde Gelegenheit zur Beteiligung zu geben.
- Bei allen Unfalluntersuchungen, die vom Bergamt auf Grund des § 204 ABG oder des § 1556 RVO vorgenommen werden, — auch bei Untersuchung der sog. „nachträglichen Unfälle“ — ist dem Betriebsrat Gelegenheit zur Teilnahme zu geben.
- Für die Benachrichtigung des Betriebsrats gilt Abschnitt II Ziff. 1.
- Wird über die Untersuchung eine Niederschrift aufgenommen, so ist auch das bei der Untersuchung anwesende Mitglied des Betriebsrats zu hören und seine Aussage in die Niederschrift aufzunehmen.

IV. Anhörung des Betriebsrats bei Betriebsplänen, Genehmigungen und Anordnungen

1. Anhörung bei Betriebsplänen

- Bei Betriebsplänen, deren Durchführung für die Sicherheit des Lebens und der Gesundheit der Arbeiter von Bedeutung ist, hat sich das Bergamt vor seiner Entscheidung der Ansicht des Betriebsrats zu vergewissern.
- Ist eine Entscheidung über den Betriebsplan auf Grund der schriftlichen Unterlagen nicht möglich, so soll das Bergamt dem Betriebsrat — soweit erforderlich — in einer mündlichen Besprechung Gelegenheit zur Äußerung geben, an der auch ein Vertreter der Werksleitung teilnehmen kann. Das Ergebnis der Besprechung ist schriftlich niederzulegen; Werksleitung und Betriebsrat erhalten je eine Abschrift der Niederschrift.

2. Anhörung bei Anträgen auf Genehmigungen

Für Anträge, die nach den bergpolizeilichen Vorschriften zusätzlich der Genehmigung durch das Bergamt oder Oberbergamt bedürfen und für die Sicherheit des Lebens und der Gesundheit der Arbeiter von Bedeutung sind, gilt Ziff. 1 entsprechend.

3. Anhörung bei bergpolizeilichen Anordnungen

- Vor dem Erlass bergpolizeilicher Anordnungen auf Grund des § 198 ABG ist, soweit diese die Sicherheit des Lebens und der Gesundheit der Arbeiter betreffen, der Betriebsrat zu hören.

- (2) Gleiches gilt für bergpolizeiliche Anordnungen auf Grund des § 199 ABG, sofern nicht sicherheitliche Gründe ein sofortiges Einschreiten des Bergamts erfordern. In diesen Fällen ist der Betriebsrat unverzüglich von der bergpolizeilichen Anordnung zu unterrichten.

V. Aussprachen über Fragen der Unfallverhütung

1. Neben der in den Abschnitten II bis IV vorgesehenen Heranziehung des Betriebsrats soll das Bergamt nach Bedarf auch den gesamten Betriebsrat der einzelnen Betriebsanlagen zur Aussprache über Fragen der Unfallverhütung zusammenrufen, wozu auch der Betriebsrat die Anregung geben kann.
2. Diese Aussprachen finden nach näherer Bestimmung des Bergamts — bei größeren Betrieben wenigstens einmal jährlich — statt.
3. Über die in Ziff. 1 vorgesehene Aussprache hinaus bleibt es dem Ermessen des Bergamts überlassen, derartige Aussprachen auch mit den Betriebsräten mehrerer Betriebsanlagen gemeinsam abzuhalten.
4. Die Werksleitung ist hiervon rechtzeitig mit dem Anheimgeben der Beteiligung zu benachrichtigen.

— MBl. NW. 1956 S. 473.

G. Arbeits- und Sozialminister

Überprüfung der Verwaltungsvorschriften auf dem Gebiete der Kriegsoffer- und Schwerbeschädigtenfürsorge.

RdErl. d. Arbeits- und Sozialministers v. 25. 2. 1956
— I A 1 — 1232 — IV A 1 — 0.251

Mit nachstehender Aufstellung über die geltenden und aufgehobenen bzw. gegenstandslos gewordenen Erlasse aus dem Aufgabengebiet der Kriegsoffer- und Schwerbeschädigtenfürsorge gebe ich ein weiteres Ergebnis der Überprüfung der Verwaltungsvorschriften meines Geschäftsbereichs bekannt.

Stichtag ist der 31. 12. 1955.

In Abschnitt A

sind die noch anzuwendenden,

in Abschnitt B

die aufgehobenen und gegenstandslos gewordenen Erlasse aufgeführt.

Bezug: Mein RdErl. v. 7. 7. 1955 (MBl. NW. S. 1273).

An die Regierungspräsidenten,
Landschaftsverbände.

Abschnitt A:

Geltende Erlasse:

Kriegsofferfürsorge

1. RdErl. d. Sozialministers v. 21. 11. 1952 (n. v. — III A 1/KFH/50)
betr. Kriegsfolgenhilfe; hier: Erziehungsbeihilfe nach § 27 BVG.
2. RdErl. d. Ministers für Arbeit, Soziales und Wiederaufbau v. 27. 1. 1954 (MBl. NW. S. 266)
betr. Gewährung von Erziehungsbeihilfen nach § 27, Abs. 1 des BVG.
3. RdErl. d. Ministers für Arbeit, Soziales und Wiederaufbau v. 25. 6. 1954 (n. v. — IV A 1/KFH/53)
betr. Koordinierung der Ausbildungsmaßnahmen nach § 302 LAG u. § 27 Abs. 1 BVG.
4. RdErl. d. Ministers für Arbeit, Soziales und Wiederaufbau v. 30. 7. 1954 (MBl. NW. S. 1577)
betr. Gewährung von Erziehungsbeihilfen nach § 27, Abs. 1 des BVG; hier: Änderung des RdErl. d. Ministers für Arbeit, Soziales und Wiederaufbau v. 27. 1. 1954 (MBl. NW. S. 266).
5. RdErl. d. Arbeits- und Sozialministers v. 12. 9. 1954 (MBl. NW. S. 1750)
betr. Kriegsofferfürsorge; hier: Verlagerung von Aufgaben von den Hauptfürsorgestellen auf die Fürsorgestellen.

6. RdErl. d. Arbeits- und Sozialministers v. 16. 10. 1954 (MBl. NW. S. 1923)
betr. Ergänzende Fürsorge für KB. u. KH.; hier: Richtl. für die Gewährung von Unterstützungen.
7. RdErl. d. Arbeits- und Sozialministers v. 30. 6. 1955 (n. v. — IV A 1 — 9.33)
betr. Durchführung der sozialen Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene.
8. RdErl. d. Arbeits- und Sozialministers v. 20. 7. 1955 (n. v. — IV A 1 — 9.31)
betr. Erziehungsbeihilfen nach § 27 Abs. 1 BVG; hier: Verrechnungsfähigkeit der Kosten bei Fürsorgeerziehung.
9. RdErl. d. Arbeits- und Sozialministers v. 31. 10. 1955 (MBl. NW. S. 2120)
betr. Gewährung von Erziehungsbeihilfen gem. § 27 (1) BVG beim Besuch privater Schulen.
10. RdErl. d. Arbeits- und Sozialministers v. 10. 11. 1955 (n. v. — IV A 1 — 9.60)
betr. Mitwirkung in Angelegenheiten der Berufsausbildung Erwerbsbeschränkter; hier: Ausbildung Blinder zu Stenotypisten — Anerkennung der Tätigkeit des Stenotypisten als Ausbildungsberuf für Blinde sowie des Berufsbildes und des Berufsbildungsplanes.
11. RdErl. d. Arbeits- und Sozialministers v. 18. 11. 1955 (n. v. — IV A 1 — 9.31)
betr. Kosten für eine ärztliche Begutachtung Kriegsbeschädigter zur Erlangung des Führerscheines.
12. RdErl. d. Arbeits- und Sozialministers v. 24. 11. 1955 (n. v. — IV A 1 — 9.31)
betr. Erziehungsbeihilfen nach § 27 Abs. 1 BVG; hier: Kosten der Erziehung und der Erwerbsbefähigung.

Schwerbeschädigtenfürsorge

1. Bek. d. Sozialministers v. 1. 10. 1947 (Amtl. Anz., Beibl. z. GV. NW. S. 137)
betr. die Anerkennung und den Schutz von Schwerbeschädigtenbetrieben.
2. RdErl. d. Sozialministers v. 1. 10. 1948 (MBl. NW. S. 545)
betr. Anerkennung von Schwerbeschädigtenbetrieben.
3. RdErl. d. Sozialministers v. 31. 5. 1949 (MBl. NW. S. 541)
betr. Vorläufige Regelung für die Ausstellung von Vergünstigungsausweisen für nichtkriegsbeschädigte Körperbehinderte.
4. RdErl. d. Sozialministers v. 4. 7. 1949 (MBl. NW. S. 689)
betr. Durchführungsanweisung zum Erl. v. 31. 5. 1949 (MBl. NW. S. 541) betr. Vorläufige Regelung für die Ausstellung von Vergünstigungsausweisen für nichtkriegsbeschädigte Körperbehinderte.
5. RdErl. d. Arbeits- und Sozialministers v. 27. 9. 1954 (MBl. NW. S. 1820)
betr. Durchführung des Schwerbeschädigtengesetzes v. 16. 6. 1953 (BGBl. I S. 389); hier: Einziehung der Ausgleichsabgabe.
6. RdErl. d. Arbeits- und Sozialministers v. 23. 12. 1954 (MBl. NW. 1955, S. 16)
betr. Durchführung des Schwerbeschädigtengesetzes v. 16. 6. 1953 — Einziehung der Ausgleichsabgabe.
7. RdErl. d. Arbeits- und Sozialministers v. 5. 1. 1955 (n. v. — IV A 1 — 9.40)
betr. Gleichstellung als Schwerbeschädigter i. S. d. § 2 des Schwerbeschädigtengesetzes; hier: Durchführung der Begutachtung durch die Verwaltungsbehörden der Kriegsofferversorgung.
8. RdErl. d. Arbeits- und Sozialministers v. 11. 1. 1955 (n. v. — IV A 1/9.40)
betr. Schwerbeschädigtengesetz, Anrechnung eines Teiles der Aufwendungen für Lieferaufträge an Schwerbeschädigtenbetriebe auf die Ausgleichsabgabe — Anerkennung von Blindenwerkstätten als Schwerbeschädigtenbetriebe nach § 9 (4) SBG.
9. RdErl. d. Arbeits- und Sozialministers v. 14. 7. 1955 (n. v. — IV A 1 — 9.40.3)
betr. Ärztliche Begutachtung von Gleichstellungsanträgen nach § 2 Abs. 2 des Schwerbeschädigtengesetzes.

10. RdErl. d. Arbeits- und Sozialministers v. 20. 7. 1955 (n. v. — IV A 1/9.40)
betr. Ausstellung von Schwerbeschädigtenausweisen für Zivilblinde.

Abschnitt B:

Aufgehobene und gegenstandslos gewordene Erlasse:

Kriegsopferfürsorge

1. RdErl. d. Sozialministers v. 23. 5. 1952 (n. v. — III C/3 — 61a/52 — III A 1)
betr. Erholungsfürsorge für Kriegsbeschädigte.
2. RdErl. d. Sozialministers v. 31. 5. 1952 (n. v. — III C/63a/52 — III A 1/KFH/50)
betr. Gewährung von Erziehungsbeihilfen an Kriegerwaisen und Kinder Kriegsbeschädigter nach § 27 Abs. 1 des BVG.
3. RdErl. d. Sozialministers v. 1. 7. 1952 (n. v. — III C/63a/52 — III A 1/KFH/50)
betr. Gewährung von Erziehungsbeihilfen an Kriegerwaisen und Kinder Kriegsbeschädigter.
4. RdErl. d. Sozialministers v. 20. 10. 1952 (n. v. — III A 1/KFH/50 — III C 125a/52)
betr. Gewährung von Erziehungsbeihilfen an Kriegerwaisen und Kinder Kriegsbeschädigter.
5. RdErl. d. Sozialministers v. 23. 3. 1953 (MBI. NW. S. 526)
betr. Erziehungsbeihilfen für Kriegerwaisen und Kinder Kriegsbeschädigter.
6. RdErl. d. Arbeits-, Sozial- und Wiederaufbauministers v. 2. 11. 1953 (n. v. — IV A 1/KFH/53)
betr. Erziehungsbeihilfen gem. § 27 BVG und Berufsförderungen gem. § 26 BVG.
7. RdErl. d. Arbeits- und Sozialministers v. 24. 11. 1954 (n. v. — IV A 1/KFH/53)
betr. Erziehungsbeihilfe beim Besuch privater Schulen.
8. RdErl. d. Arbeits- und Sozialministers v. 14. 2. 1955 (n. v. — IV A 1/KFH/53)
betr. Erziehungsbeihilfe beim Besuch privater Schulen.
9. RdErl. des Arbeits- und Sozialministers v. 10. 5. 1955 (n. v. — IV A 1 — 9.31)
betr. Erziehungsbeihilfe nach § 27 Abs. 1 BVG; hier: Besuch privater Schulen.

Schwerbeschädigtenfürsorge

1. RdErl. d. Sozialministers v. 29. 9. 1953 (n. v. — III C 114a/53)
betr. Durchführung des Schwerbeschädigtengesetzes.

— MBI. NW. 1956 S. 475.

Überprüfung der Verwaltungsvorschriften auf dem Gebiete der Kriegsgefangenenentschädigung — Heimkehrerfürsorge

RdErl. d. Arbeits- und Sozialministers v. 27. 2. 1956 — I A 1 — 1232 — IV A 1 — 0.251

Hiermit gebe ich als weiteres Ergebnis der Überprüfung der Verwaltungsvorschriften meines Geschäftsbereichs eine

Übersicht A über die noch geltenden und eine

Übersicht B über die aufgehobenen und gegenstandslos gewordenen Erlasse aus dem Aufgabengebiet der Kriegsgefangenenentschädigung und der Heimkehrerfürsorge bekannt.

Stichtag ist der 31. 12. 1955.

Die in Abschnitt B aufgeführten Erlasse sind nicht mehr anzuwenden.

Bezug: Mein RdErl. v. 7. 7. 1955 (MBI. NW. S. 1274).

An die Regierungspräsidenten.

Abschnitt A:

Geltende Erlasse:

Kriegsgefangenenentschädigung

1. RdErl. d. Ministers für Arbeit, Soziales und Wiederaufbau 1/1954 v. 23. 3. 1954 (MBI. NW. S. 515)
betr. Betreuung der ehem. Kriegsgefangenen; hier: Ges. über die Entschädigung ehem. Kriegsgefangener v. 30. 1. 1954 (BGBl. I S. 5) — Zuständigkeit zur Durchführung des Ges.
2. RdErl. d. Ministers für Arbeit, Soziales und Wiederaufbau 2/1954 v. 24. 3. 1954 (MBI. NW. S. 516)
betr. Betreuung ehem. Kriegsgefangener; hier: Ges. über die Entschädigung ehem. deutscher Kriegsgefangener v. 30. 1. 1954 (BGBl. I S. 5) — Antrag auf Festsetzung der Entschädigungsleistung.
3. RdErl. d. Ministers für Arbeit, Soziales und Wiederaufbau 3/1954 v. 25. 3. 1954 (MBI. NW. S. 529)
betr. Betreuung der ehem. Kriegsgefangenen; hier: Ges. über die Entschädigung ehem. deutscher Kriegsgefangener v. 30. 1. 1954 (BGBl. I S. 5) — Auszahlung des Vorschusses.
4. RdErl. d. Ministers für Arbeit, Soziales und Wiederaufbau 4/1954 v. 23. 4. 1954 (n. v. — IV A 1 — 9.501)
betr. Durchführung des KgfEG; hier: Behandlung der Anträge.
5. RdErl. d. Ministers für Arbeit, Soziales und Wiederaufbau 5/1954 v. 24. 4. 1954 (n. v. — IV A 1 — 9.501)
betr. Durchführung des KgfEG; hier: Ausschuß von Kameradschindern.
6. RdErl. d. Ministers für Arbeit, Soziales und Wiederaufbau 6/1954 v. 5. 5. 1954 (MBI. NW. S. 839)
betr. Durchführung des KgfEG; hier: Feststellungsbescheid.
7. RdErl. d. Ministers für Arbeit, Soziales und Wiederaufbau v. 9. 9. 1954 (n. v. — IV A 1 — 9.501)
betr. Durchführung des KgfEG; hier: Behandlung der Anträge.
8. RdErl. d. Arbeits- und Sozialministers 7/1954 v. 3. 11. 1954 (n. v. — IV A 1 — 9.501)
betr. Durchführung des KgfEG; hier: Zweite VO. zur Durchführung des Ges. — Punkttabelle.
9. RdErl. d. Arbeits- und Sozialministers 8/1954 v. 10. 11. 1954 (n. v. — IV A 1 — 9.501)
betr. KgfEG; hier: Beweismittel für den Nachweis der Kriegsgefangenschaft.
10. RdErl. d. Arbeits- und Sozialministers 9/1954 v. 18. 12. 1954 (n. v. — IV A 1 — 9.501)
betr. Durchführung des KgfEG; hier: Auslegung des Begriffs „Deutsche“.
11. RdErl. d. Arbeits- und Sozialministers 1/1955 v. 3. 3. 1955 (MBI. NW. S. 433)
betr. KgfEG v. 30. 1. 1954 (BGBl. I S. 5); hier: Durchführungsanweisungen.
12. RdErl. d. Arbeits- und Sozialministers 2/1955 v. 3. 3. 1955 (n. v. — IV A 1 — 9.501)
betr. Durchführung des KgfEG; hier: Anträge von Personen, die wegen strafbarer Handlungen gefangen gehalten wurden, die auch nach deutschem Recht strafbar sind.
13. RdErl. d. Arbeits- und Sozialministers v. 12. 5. 1955 (n. v. — IV A 3 — 9.501)
betr. KgfEG; hier: Änderung des Abrechnungsverfahrens.
14. RdErl. d. Arbeits- und Sozialministers v. 25. 5. 1955 (n. v. — IV A 1 — 9.501)
betr. Durchführung des KgfEG; hier: Behandlung von Anträgen ehem. Kriegsgefangener nach Ablauf der Antragsfrist.
15. RdErl. d. Arbeits- und Sozialministers v. 25. 6. 1955 (n. v. — IV A 1 — 9.501)
betr. Durchführung des KgfEG; hier: Auslegung des § 5.
16. RdErl. d. Arbeits- und Sozialministers v. 25. 6. 1955 (n. v. — IV A 1 — 9.501)
betr. Durchführung des KgfEG; hier: Heimkehrerbescheinigungen.

17. RdErl. d. Arbeits- und Sozialministers v. 30. 8. 1955 (n. v. — IV A 1 — 9.501) betr. Durchführung des KgfEG; hier: § 1 Abs. 3 der Dritten VO. zur Durchführung des KgfEG v. 3. 6. 1955.
18. Gem. RdErl. d. Arbeits- und Sozialministers u. d. Finanzministers 3/1955 v. 14. 10. 1955 (MBI. NW. S. 2027) betr. Durchführung des Abschn. II des KgfEG vom 30. 1. 1954 (BGBl. I S. 5); hier: Gewährung von Darlehen zum Aufbau oder zur Sicherung der wirtschaftlichen Existenz.
19. RdErl. d. Arbeits- und Sozialministers v. 10. 11. 1955 (n. v. — IV A — 0.221.1 — 9.501/Abr.) betr. Durchführung des KgfEG, Abschn. I; hier: Abschlagszahlungen an die Landkreise und kreisfreien Städte.
20. RdErl. d. Arbeits- und Sozialministers v. 24. 11. 1955 (n. v. — IV A 1 — 9.501.16.1) betr. Durchführung des KgfEG; hier: Zweifelsfälle — Aussiedlungs- oder Internierungslager.
21. RdErl. d. Arbeits- und Sozialministers v. 6. 12. 1955 (n. v. — IV A 1 — 9.501.16) betr. KgfEG; hier: Internierungslager im Bundesgebiet.
22. RdErl. d. Arbeits- und Sozialministers v. 17. 12. 1955 (n. v. — IV A 1 — 9.50) betr. Durchführung des KgfEG; hier: Rücksendung der Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion.

Heimkehrerfürsorge

1. RdErl. d. Sozialministers v. 23. 5. 1947 (n. v. — III C) betr. Betreuung von Heimkehrern aus der Kriegsgefangenschaft — Errichtung der Heimkehrerbetreuungsstellen.
2. RdErl. d. Sozialministers v. 17. 4. 1950 (MBI. NW. S. 377) betr. Produktivdarlehen für Spätheimkehrer.
3. RdErl. d. Sozialministers v. 2. 12. 1950 (MBI. NW. S. 1125) betr. Produktivdarlehen für Spätheimkehrer.
4. Rd.Schr. d. Sozialministers 1/1951 v. 1. 8. 1951 (n. v. — III C 2) betr. Heimkehrerbetreuung.
5. Rd.Schr. d. Sozialministers 2/1951 v. 6. 10. 1951 (n. v. — III C 2) betr. Heimkehrerbetreuung.
6. Rd.Schr. d. Sozialministers 3/1951 v. 15. 11. 1951 (n. v. — III C 2) betr. Heimkehrerbetreuung.
7. Rd.Schr. d. Sozialministers 1/1952 v. 14. 1. 1952 (n. v. — III C 2) betr. Heimkehrerbetreuung.
8. Rd.Schr. d. Sozialministers 2/1952 v. 15. 3. 1952 (n. v. — III C 2) betr. Heimkehrerbetreuung.
9. Rd.Schr. d. Sozialministers 3/1952 v. 30. 4. 1952 (n. v. — III C 2) betr. Heimkehrerbetreuung.
10. Rd.Schr. d. Sozialministers 4/1952 v. 4. 7. 1952 (n. v. — III C 2) betr. Heimkehrerbetreuung.
11. Rd.Schr. d. Sozialministers 5/1952 v. 20. 8. 1952 (n. v. — III C 2) betr. Heimkehrerbetreuung.
12. Rd.Schr. d. Sozialministers 6/1952 v. 2. 10. 1952 (n. v. — III C 2) betr. Heimkehrerbetreuung.
13. Rd.Schr. d. Sozialministers 1/1953 v. 14. 3. 1953 (n. v. — III C 2) betr. Heimkehrerbetreuung.
14. Rd.Schr. d. Sozialministers 2/1953 v. 26. 5. 1953 (n. v. — III C 2) betr. Heimkehrerbetreuung.
15. Rd.Schr. d. Sozialministers 5/1953 v. 8. 9. 1953 (n. v. — III C 2) betr. Heimkehrerbetreuung.
16. Rd.Schr. d. Ministers für Arbeit, Soziales und Wiederaufbau 6/1953 v. 5. 11. 1953 (n. v. — IV A 3) betr. Heimkehrerbetreuung.
17. Rd.Schr. d. Ministers für Arbeit, Soziales und Wiederaufbau 1/1954 v. 9. 1. 1954 (n. v. — IV A 3) betr. Heimkehrerbetreuung.
18. RdErl. d. Ministers für Arbeit, Soziales und Wiederaufbau v. 25. 3. 1954 (n. v. — Z B 5:4.767[74]) betr. Stundung und Niederschlagung von einziehbaren Forderungen aus gewährten Produktivdarlehen an Spätheimkehrer.
19. RdErl. d. Ministers für Arbeit, Soziales und Wiederaufbau v. 21. 4. 1954 (n. v. — IV A 1 — 9.50) betr. HKG; hier: Verfahren bei der Anerkennung.
20. RdErl. d. Ministers für Arbeit, Soziales und Wiederaufbau v. 30. 4. 1954 (n. v. — IV A 1 — 9.50) betr. Erschleichen der Heimkehrereigenschaft.
21. Rd.Schr. d. Ministers für Arbeit, Soziales und Wiederaufbau 2/1954 v. 14. 5. 1954 (n. v. — IV A 1 — 9.50) betr. Hilfsmaßnahmen für Heimkehrer.
22. Rd.Schr. d. Ministers für Arbeit, Soziales und Wiederaufbau 3/1954 v. 21. 6. 1954 (n. v. — IV A 1 — 9.50) betr. HKG.
23. RdErl. d. Ministers für Arbeit, Soziales und Wiederaufbau v. 25. 6. 1954 (n. v. — IV A 2/KFH/18) betr. Erholungsfürsorge für Heimkehrer.
24. RdErl. d. Arbeits- und Sozialministers v. 6. 9. 1954 (n. v. — IV A 2/KFH/18) betr.: Heimkehrerbetreuung; hier: VO. zur Durchführung des § 23 b des HKG v. 21. 4. 1954.
25. RdErl. d. Arbeits- und Sozialministers v. 13. 10. 1954 (n. v. — IV A 2/KFH/18) betr. Erholungsfürsorge für Heimkehrer; hier: § 4 Abs. 2 der VO. zur Durchführung des § 23 b des HKG v. 21. 4. 1954 (BGBl. I S. 117).
26. RdErl. d. Arbeits- und Sozialministers v. 27. 6. 1955 (n. v. — IV A 3 — 9.50 — Abr.) betr. Pauschalierung der Kriegsfolgenhilfe; hier: Sonderbehandlung von pauschalierten Aufwendungen für Heimkehrer auf Landesebene.
27. RdErl. d. Arbeits- und Sozialministers v. 21. 9. 1955 (n. v. — IV A 1 — 9.50/BMA) betr. Ges. über Hilfsmaßnahmen für Personen, die aus polit. Gründen in Gebieten außerhalb der Bundesrepublik Deutschland und Berlins (West) in Gewahrsam genommen wurden — HHG — v. 6. 8. 1955; hier: Auswirkung auf § 1 Abs. 3 u. Abs. 4 HKG.
28. RdErl. d. Arbeits- und Sozialministers v. 17. 10. 1955 (n. v. — IV A 3 — 9.50 — Abr.) betr. Pauschalierung der Kriegsfolgenhilfe; hier: Sonderbehandlung von pauschalierten Aufwendungen für Heimkehrer auf Landesebene.
29. RdErl. d. Arbeits- und Sozialministers v. 24. 10. 1955 (n. v. — IV A 1 — 9.50/VA 3 — 2545 — 2015/55) betr. Gewährung von Beihilfen aus Landesmitteln an Spätheimkehrer und entlassene polit. Häftlinge in Härtefällen.
30. RdErl. d. Arbeits- und Sozialministers v. 10. 11. 1955 (n. v. — IV A 1 — 9.50) betr. Hilfsmaßnahmen für Spätheimkehrer aus dem Handwerk.
31. RdErl. d. Arbeits- und Sozialministers v. 12. 12. 1955 (n. v. — IV A 1 — 9.50) betr. Heimkehrerbetreuung; hier: Bekleidungs Spenden an Heimkehrer durch die Verbände der freien Wohlfahrtspflege.

Abschnitt B:

Aufgehobene und gegenstandslos gewordene Erlasse:

Heimkehrerfürsorge

1. RdErl. d. Sozialministers v. 24. 10. 1947 (n. v. — III C 2 — 1907a/47) betr. Betreuung von Heimkehrern aus der Kriegsgefangenschaft.
2. RdErl. d. Sozialministers v. 27. 1. 1948 (n. v. — III C 2 — 239a/48) betr. Zahlung des Entlassungsgeldes an Heimkehrer.
3. RdErl. d. Sozialministers v. 14. 4. 1948 (n. v. — III C 2/4) betr. Sonderbeihilfen an Heimkehrer aus der Kriegsgefangenschaft.

4. RdErl. d. Sozialministers v. 17. 4. 1948 (n. v. — III C 2)
betr. Richtl. zur Betreuung der Heimkehrer aus der Kriegsgefangenschaft.
5. RdErl. d. Sozialministers v. 16. 7. 1948 (n. v. — III C 2 — 1052a/48)
betr. Betreuung von Heimkehrern aus der Kriegsgefangenschaft.
6. RdErl. d. Sozialministers v. 18. 9. 1948 (n. v. — III C 2)
betr. Beihilfen für notleidende Heimkehrer aus der Kriegsgefangenschaft.
7. RdErl. d. Sozialministers v. 18. 9. 1948 (MBI. NW. S. 625)
betr. Bekleidungsbeihilfen für Heimkehrer.
8. RdErl. d. Sozialministers v. 1. 10. 1948 (n. v. — III C 2)
betr. Ergänzungen zu den Richtl. betr. Betreuung der Heimkehrer aus der Kriegsgefangenschaft.
9. RdErl. d. Sozialministers v. 4. 12. 1948 (MBI. NW. S. 667)
betr. Bekleidungsbeihilfen für Heimkehrer.
10. RdErl. d. Sozialministers v. 15. 3. 1949 (MBI. NW. S. 266)
betr. Bekleidungsbeihilfen für Heimkehrer.
11. RdErl. d. Sozialministers v. 20. 7. 1949 (MBI. NW. S. 727)
betr. Bekleidungsbeihilfen für Heimkehrer.
12. RdErl. d. Sozialministers v. 24. 12. 1949 (n. v. — III C 2)
betr. Heimkehrerbetreuung.
13. RdErl. d. Sozialministers v. 17. 1. 1950 (MBI. NW. S. 82)
betr. Entlassungs- und Bekleidungsbeihilfen für Heimkehrer.
14. RdErl. d. Sozialministers v. 26. 1. 1950 (MBI. NW. S. 85)
betr. Entlassungs- und Überbrückungsbeihilfen für Heimkehrer.
15. RdErl. d. Sozialministers v. 10. 3. 1950 (MBI. NW. S. 222)
betr. Zusätzliche Betreuung weibl. Heimkehrer aus der Kriegsgefangenschaft.
16. RdErl. d. Sozialministers v. 22. 8. 1950 (MBI. NW. S. 799)
betr. Ges. über Hilfsmaßnahmen für Heimkehrer-Verfahren bei der Auszahlung der finanziellen Hilfen nach §§ 2 u. 3 sowie Abrechnung der Mittel.
17. RdErl. d. Sozialministers v. 20. 10. 1950 (MBI. NW. S. 1040)
betr. Heimkehrerbetreuung.
18. RdErl. d. Sozialministers v. 13. 4. 1951 (n. v. — III C 2)
betr. Sonderkuren für weibl. Heimkehrer.
19. Rd.Schr. d. Sozialministers 3/1953 v. 15. 7. 1953 (n. v. — III C 2)
betr. Warnung vor Betrüger.
20. Rd.Schr. d. Sozialministers 4/1953 v. 12. 8. 1953 (n. v. — III C 2)
betr. Warnung vor Betrüger.
21. RdErl. d. Ministers für Arbeit, Soziales und Wiederaufbau v. 4. 11. 1953 (n. v. — IV A 1/KFH/15)
betr. Kriegsfolgenhilfe; hier: Erholungsfürsorge für Heimkehrer.
22. RdErl. d. Ministers für Arbeit, Soziales und Wiederaufbau v. 18. 12. 1953 (n. v. — IV A 1/KFH/15)
betr. Kriegsfolgenhilfe; hier: Erholungsfürsorge für Heimkehrer.
23. RdErl. d. Ministers für Arbeit, Soziales und Wiederaufbau v. 6. 4. 1954 (n. v. — IV A 3/KFH/200)
betr. Heimkehrerbetreuung; hier: Neuregelung des Erstattungsverfahrens — Entlassungsgelder und Übergangsbeihilfen.

24. RdErl. d. Ministers für Arbeit, Soziales und Wiederaufbau v. 20. 4. 1954 (n. v. — IV A 2/KFH/15)
betr. Kriegsfolgenhilfe; hier: Erholungsfürsorge für Heimkehrer.

— MBI. NW. 1956 S. 477.

Vierte Bekanntmachung über die Zulassung von Schankanlageteilen gemäß § 6 Abs. 1 der Verordnung über Getränkeschankanlagen vom 22. Oktober 1941 (RGBl. I S. 676)

Bek. d. Arbeits- und Sozialministers v. 27. 2. 1956 — III B 4 — 8621,2

Im Bundesanzeiger Nr. 18 vom 26. 1. 1956 ist nachstehende Bekanntmachung des Senators für Arbeit und Sozialwesen, Berlin, über die Zulassung von Schankanlageteilen enthalten:

„Bekanntmachung über Zulassungen von Schankanlageteilen auf Grund von Absatz 1 der Anordnung zur Polizeiverordnung über Getränkeschankanlagen vom 4. September 1952 (ABl. S. 805).“

Der Polizeipräsident in Berlin als vom Senat von Berlin beauftragte Prüfstelle für Schankanlagen hat mit Zustimmung des Beratungsausschusses folgende Schankanlageteile gemäß § 6 Abs. 1 der Verordnung über Getränkeschankanlagen vom 22. Oktober 1941 (Reichsgesetzbl. I S. 676) zugelassen:

Antragsteller	Gegenstand	Zulassung Datum	Zeichen
I. Neuzulassungen			
1. Gebr. Krüger & Co. Getränke-AG., Fabrik für Bierdruck-Apparate und Schauglas Armaturen, Berlin-Reinickendorf 1, Kopenhagener Str. 60/74	fänger mit	24. 11. 55	
2. Gebr. Krüger & Co. Bierzapfhahn AG., Fabrik für Bierdruck-Apparate und Armaturen, Berlin-Reinickendorf 1, Kopenhagener Str. 60/74	Nr. 104	10. 11. 55	
3. Gebr. Krüger & Co. Bier-Abstell-AG., Fabrik für Bierhahn mit Druck-Apparate und Anschlag Armaturen, Berlin-Reinickendorf 1, Kopenhagener Str. 60/74	hahn mit	10. 11. 55	
II. Änderungszulassung			
1. Gebr. Krüger & Co. Bierzapfhahn AG., Fabrik für Bierdruck-Apparate und Ausführung*) Armaturen, Berlin-Reinickendorf 1, Kopenhagener Str. 60/74	mittlerer	10. 11. 55	

*) Der obere Abschlußring und das zugehörige Gewinde am Hahngehäuse fallen weg. Das Hahngehäuse erhält statt des Gewindes eine schräge Fläche als Abschluß.

Berlin, den 13. Januar 1956.

Der Senator für Arbeit und Sozialwesen

Vertretung

H o p p e

Auf diese Bekanntmachung wird hingewiesen.

— MBI. NW. 1956 S. 482.

**Hauptsachregister
für die Jahrgänge 1948—1955 des Ministerialblattes
für das Land Nordrhein-Westfalen**

Im August Bagel Verlag, Düsseldorf, Grafenberger Allee 100, ist das Hauptsachregister für die Jahrgänge 1948—1955 des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen **mit Hinweisen, inwieweit die Runderlasse usw. nach der Veröffentlichung geändert, ergänzt, berichtigt oder aufgehoben worden sind**, erschienen.

Umfang: 80 Seiten DIN A 4.

Preis: 3,50 DM zuzügl. 0,30 DM Versandkosten.

Es wird gebeten, Bestellungen unter gleichzeitiger Einsendung des Betrages von 3,80 DM auf das Postscheckkonto des Verlags, Köln 8516, unmittelbar dem Verlag aufzugeben.

— MBl. NW. 1956 S. 483/84.

Einzelpreis dieser Nummer 0,30 DM.

Einzellieferungen nur durch den Verlag gegen Voreinsendung des Betrages zuzgl. Versandkosten (pro Einzelheft 0,15 DM) auf das Postscheckkonto Köln 8516 August Bagel Verlag GmbH., Düsseldorf.
(Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.)

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, Elisabethstraße 5. Druck: A. Bagel, Düsseldorf; Vertrieb: August Bagel Verlag GmbH., Düsseldorf. Bezug der Ausgabe A (zweiseitiger Druck) und B (einseitiger Druck) durch die Post. Bezugspreis vierteljährlich Ausgabe A 4,50 DM, Ausgabe B 5,40 DM.